

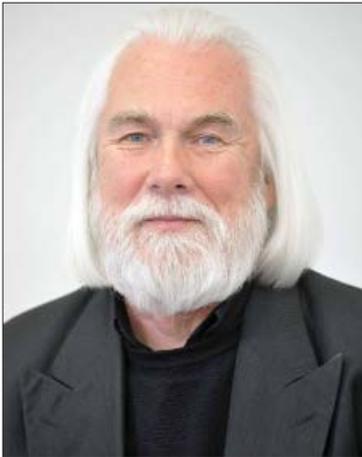
Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

November/Dezember 2018

05/2018

Der Anfang ist gemacht



Dieter Groß

Gewählt als Direktkandidat für den Wahlkreis 2 (Pritzwalk, Groß Pankow, Putlitz-Berge, Meyenburg, Wittstock, Heiligengrabe und Kyritz)



Ronny Kretschmer

Gewählt als Direktkandidat für den Wahlkreis 3 (Neuruppin, Rheinsberg, Fehrbellin, die Ämter Lindow und Temnitz)



Christian Görke

Gewählt als Direktkandidat für den Wahlkreis 4 (Wusterhausen/Dosse, Neustadt/Dosse, Rathenow, Milower Land und Premnitz sowie das Amt Rhinow)

DIE LINKE hat einen alten Bekannten zum Direktkandidaten bestimmt. Auf einer Nominierungsveranstaltung in der Pritzwalker »Alten Mälzerei« wurde der Kyritzer gewählt. Er ist wahrlich kein Unbekannter. Bis 2014 vertrat er diesen Wahlkreis im Brandenburger Landesparslament. Er hatte das Direktmandat geholt.

Dieter Groß ist Rechtsanwalt und 69 Jahre alt. Nach dem ehemaligen Abgeordneten fragten nicht nur in Pritzwalk immer wieder Leute. Man hat ihn in guter Erinnerung behalten. Eines muss man dem Mann mit den markanten weißen Haaren lassen: Er hat sich schon damals aktiv für die Region eingesetzt und er hat Wort gehalten, wenn er etwas versprach. Heutzutage leider keine weit verbreitete Tugend mehr unter Politikern.

Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Landtag 2014 wollte er bewusst mit seinem Engagement für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger der Region weitermachen. Er war und ist Kreistagsabgeordneter in OPR und Stadtverordneter in Kyritz – und das mit Leidenschaft. Anders kann Dieter Groß wohl auch nicht, entweder macht er etwas richtig oder gar nicht. Dieter Groß ist bekannt für seine Hartnäckigkeit. Die Region hätte endlich wieder eine vernehmbare Stimme in Potsdam.

(gekürzt, aus Pritzwalker Stadtzeitung)

Ronny ist in meinen Augen ein LINKER durch und durch. Über seine politische Meinung und Einstellung hat er schon als Jugendlicher keinen Zweifel gelassen. Dass er ein angesehener Bürger unseres Gemeinwesens ist, zeigt sich nicht zuletzt im Vertrauen, welches die Bürger in ihn setzten und setzen. Seit 2003 wählten sie ihn immer wieder – ohne Pause – ins Stadtparlament von Neuruppin.

Aber auch als Krankenpfleger in den Ruppiner Kliniken erwarb er sich Vertrauen und Anerkennung, was sich in seiner Wahl zum Gesamtbetriebsratsvorsitzenden zeigte. Auch als Mitglied des Aufsichtsrates setzte er sich, oft gegen den Widerstand der anderen, für die Belange der Angestellten ein.

Als Landesschatzmeister unserer Partei, zu dem er 2014 erstmals gewählt wurde, konnte er als Mitglied des Landesvorstands die vielfältigsten landespolitischen Erfahrungen sammeln. Auch in diesen Funktionen erwarb er sich Anerkennung durch seine sachliche und kompetente Art.

Deshalb unterstütze ich die Kandidatur von Ronny aus voller Überzeugung und wünsche ihm viel Kraft und Erfolg für die anstehenden Aufgaben.

Hans-Joachim Müller

Brandenburgs Finanzminister Christian Görke wurde bei einer Wahlkreiskonferenz am 13. November ohne Gegenstimme als Direktkandidat der LINKEN nominiert. »Ich möchte diesen Wahlkreis zum vierten Mal in Folge gewinnen«, so der gebürtige Rathenower.

In seiner Vorstellungsrede nannte Christian Görke die Gründe für seine erneute Kandidatur: »Ich möchte, dass DIE LINKE gestärkt in den nächsten Landtag einzieht, denn eine starke LINKE ist nicht nur gut für Brandenburg, sondern auch für das Havelland und das Dosseland. In diesen bewegten Zeiten, in denen die parteipolitischen Präferenzen kräftig durcheinander gewirbelt werden, möchte ich den rechtspopulistischen und fremdenfeindlichen Demagogen nicht das Feld überlassen!«

DIE LINKE. Havelland

Kreisparteitag

am 19. Januar 2019

Sonnabend ab 10.00 Uhr

in Kyritz - Bluhm's Hotel
Maxim-Gorki-Str. 34



Die Basis hatte das Wort

Am 3.11. 2018 fand in Potsdam im Bürgerhaus am Schlaatz der Basis-Tag der Partei DIE LINKE statt. Wer wollte, konnte daran teilnehmen, nur anmelden musste man sich.

Nach der Eröffnung der Veranstaltung durch die beiden Landesvorsitzenden der Partei stellten sich Kathrin Dannenberg und Sebastian Walter den Anwesenden als das Spitzenduo für die Landtagswahl 2019 vor. Spätesten hier wurde klar, das Hauptthema werden im kommenden Jahr die Wahlen sein. Dazu wurden die letzten Prognoseergebnisse vom 19.09.2018 für die Parteien in Brandenburg präsentiert (21% CDU, 23% SPD, 23% AfD, 17% DIE LINKE, 7% Grüne, 5% FDP). Aktuellere Zahlen gab es leider nicht. Auch wenn die Zahlen für die Grünen aktuell höher sein werden, so ist klar, die AfD muss zurückgedrängt werden.

Dies bedeutet für uns LINKE nicht nur, ein Wahlprogramm für die Landtagswahl zu haben, sondern auch, dass jedes einzelne Parteimitglied aktiv am Wahlkampf teilnimmt. So sinngemäß der Parteivorstand auf der Veranstaltung.

Nach diesem Intro ging es in die sogenannte »Murmeltunde«, wo jeder der TeilnehmerInnen seine Ideen an Moderationswänden mit vorbereiteten Themen

abgeben konnte. Diese waren:

- Brandenburg heute – wie leben wir?
- Brandenburg 2020 – wie wollen wir leben?
- Was muss sich ändern?
- Was tun gegen den Rechtsruck?

Nach der Mittagspause gab es dann Workshops zu den Themen:

- Brandenburg in Zahlen
- Argumente gegen rechte Stammtischparolen.
- DIE LINKE als Mitmachpartei
- Ideenwerkstatt.

In der Abschlussrunde wurden die Ergebnisse der Diskussionen zusammengefasst: Wir wollen mutiger – sowohl als Einzelperson als auch als Partei – sein, wir müssen uns stärker vernetzen als zuvor. Wir brauchen mehr Bildungsveranstaltungen, um den Populisten Paroli bieten zu können und Infostände müssen attraktiver sein. Insgesamt war es eine gelungene Parteiveranstaltung. Einen Wermutstropfen gab es, nur knapp 40 TeilnehmerInnen waren anwesend. In der Mehrzahl der Kreisverbände wurde diese Veranstaltung weder allgemein bekannt gegeben noch aktiv beworben.

Rudi Brendler

LINKE gedachte der Opfer

Anlässlich des 80. Jahrestages der Reichspogromnacht rief der Kyritzer Regionalverband der LINKEN zum Gedenken an die Opfer auf.

Seit dem 24.03.2017 mahnen vor einem Haus in der Prinzenstraße zwei Stolpersteine. Diese erinnern an das Leben der letzten jüdischen Einwohner von Kyritz, den Kaufmann Theodor Calmon und dessen Tochter Henny Lucie. Viele Kerzen und eine weiße Rose schmückten die Gedenksteine.



Gisela Beckmann beim Verlesen des Gedichtes der Kyritzer Schülerinnen
Foto: Justin König

Am Jüdischen Friedhof trug Gisela Beckmann das von zwei Schülerinnen des örtlichen Gymnasiums selbstgeschriebene Gedicht »Mensch« vor.

Kommentar

Eine unheilige Allianz oder ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt

Millionen Dieselfahrer, egal ob privat oder gewerblich, stehen heute vor dem Problem, wo sie zukünftig ihr Auto noch nutzen können/dürfen. Die Autoindustrie, nicht nur in Deutschland, hat durch Trickserei und Betrug die Autofahrer in diese Situation gebracht. Zur Profitmaximierung setzten sie Schummel-Software ein. Während in den USA die deutschen Auto-Konzerne zur Verantwortung gezogen werden, wird in Deutschland der Dieselbesitzer allein gelassen. Aber, es wäre ja nicht die Regierung Merkel, wenn ihr nicht etwas einfallen würde, um den Konzernen zu dienen.

Wenn jetzt, wie nach Gerichtsentscheidungen zu vermuten ist, einige Städte Dieselfahrverbote verhängen bzw. schon verhängten, haben Merkel und ihr Verkehrsminister Scheuer eine Idee entwickelt, um zu verhindern, dass die gebeutelten Dieselfahrer ihre geballte Faust aus der Tasche ziehen. Wenn die Grenzwerte für Abgase in den Städten überschritten werden, so kann man doch einfach deren Grenze erhöhen, meinen sie. Der SPD-Politiker Lauterbach sagte dazu, das ist ungefähr so, als wenn ich bei einem Patienten mit Bluthochdruck, der die Medikamenteneinnahme verweigert, einfach die Normwerte für Blutdruck von 120/80 auf 160/100 erhöhe. Somit müsste der Patient nicht mehr behandelt werden, da er ja einen normalen Blutdruck hätte.

Übrigens wird in Deutschland der Kauf eines Elektro-Autos mit 4.000 € (jährlich 1,2 Mrd. €) gefördert, während im gleichen Zeitraum 10 Milliarden Euro in die Diesel-Subvention fließen.

Aber, das ist ja noch nicht alles, was in den Köpfen unserer Regierenden herumspukt. Da die Personalsituation im Pflegebereich immer prekärer wird, überlegte Gesundheitsminister Spahn (der übrigens Nachfolger von Merkel werden will), den Schlüssel für Pflegekräfte im ITS-Bereich zu erhöhen. Dass dies aber nur halbherzig ist, kritisieren nicht nur wir LINKEN, sondern auch die Gewerkschaften und Fachverbände. Wenn z.B. in den Ruppiner Kliniken im Bereich Chirurgie oder Inneres in der Nachtschicht eine Pflegekraft für 34 Patienten zuständig ist, fragt man sich: Warum sagt Spahn nichts dazu?

Zusammenfassend kommt man unweigerlich zu dem Schluss, dass Merkel & Co ihrer Verantwortung gegenüber den Konzernen (egal welcher Branche) vollumfänglich nachkommen. hjm

Herausforderungen gemeinsam bewältigen

Das Superwahljahr 2019 wirft seine Schatten voraus

Am Samstag, den 24.11.2018, kamen etwa 20 Genossinnen und Genossen in Neuruppin zu einer Versammlung zusammen. Nach einer kurzen Eröffnung durch den Kreisvorsitzenden stellte sich Ronny Kretschmer den Anwesenden als Kandidat für den Landtagswahlkreis 3 vor. Nach einer kurzen Fragerunde, wo es vor allem um die Themen ging, die Ronny gerne im Falle seiner Wahl im Landtag für OPR bearbeiten würde, kam es dann zur Wahl, in der er 100 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen konnte.

Aber nach dieser Veranstaltung war der Tag für die Genossinnen und Genossen noch nicht vorbei. Denn im Anschluss begann der Kreisparteitag des Kreisverbandes am gleichen Ort. Dieser sollte unsere Vertreterinnen und Vertreter für die Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl sowie der Bundesliste für die Europawahl wählen.

Bevor das passieren konnte, erhielten die Genossinnen und Genossen aber erstmal einen Rückblick auf das Jahr 2018 durch die Kreisvorsitzenden Rita Büchner und Paul Schmudlach sowie den Kreisschatzmeister David Hölker. Hierbei wurde besonders auf die politische Arbeit im Kreistag sowie die Entwicklung des Kreisverbandes eingegangen. So können

wir wahrscheinlich auch 2018 wieder das Jahr mit mehr Mitgliedern verlassen, als wir es betreten haben, mussten aber leider auch in diesem Jahr wieder von alten Wegbegleitern Abschied nehmen.

Der Kreisverband steht auf einer soliden finanziellen Basis für das nächste Jahr, sagte der Schatzmeister in seinen Ausführungen. Zum Schluss legte Kreiswahlleiter Justin König noch dar, wie schwer die vor uns liegenden Wahlkämpfe sein werden. Es müsse unser aller Aufgabe sein, unsere KandidatInnen im nächsten Jahr zu unterstützen, um ein möglichst gutes Ergebnis für DIE LINKE sowohl zur Landtags- als auch zur Europa- sowie Kommunalwahl zu erkämpfen.

Danach kam es zu den Wahlen der Vertreter und ihrer Ersatzpersonen.

Es wurden gewählt:

- *Vertreter für die LandesvertreterInnenversammlung für die Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl 2019*
Kerstin Brendler
Sylvia Zienecke
Justin König
Paul Schmudlach
- *Ersatzvertreter*
Ines Nowack, Kirsten Tackmann,
Hartmut Buschke, Paul Kurzke

davon fand Unterkunft in Lagern in ihren Nachbarstaaten. Ein kleiner Teil begab sich auf den Weg nach Europa. Diese Menschen standen vor unseren Grenzen. Da stand es meines Erachtens außer Frage, wie zu handeln sei! Hilfe vor Ort, also die Bekämpfung der Fluchtursachen, hat selbstverständlich in diesem Thema höchste Priorität, stand aber in dieser Situation erstmal nicht zur Debatte.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die jegliche Waffenexporte, vor allem in Krisengebiete, sowie Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnt. Diese Konsequenz sollte höchste Priorität haben. Sich vor der Realität zu verschließen und Hilfe innerhalb der EU abzulehnen, kommt demnach nicht in Frage. Erst recht, solange die Hilfe vor Ort nicht ausreichend stattfindet und immer noch europäische Waffen, direkt oder über Umwege, die Krisengebiete erreichen.

Die Aussage, Frau Merkel hätte nur Fachkräfte erwartet, entzieht sich jeglicher Vorstellung meinerseits. Der Bildungsstand der Flüchtenden entspricht

dem des deutschen Durchschnitts. Es sollte demnach jedem klar (gewesen) sein, dass diese Menschen neben der sprachlichen Ausbildung ebenso Zugang zu Bildung und Förderung benötigen und bekommen sollten wie deutsche Staatsbürger.

Allein der Gedanke, Europas Grenzen vor »den Flüchtlingen« zu »schützen«, widerspricht allem, was ich von einem LINKEN erwarte! Der Europa-elitäre Ansatz dieser Aussage, die chauvinistische Stellung des Europäers über alle anderen, lässt mich fassungslos werden. Die europäische Schuld im Zuge der weltweiten Krisen und Konflikte sollte jedem LINKEN grundlegend klar sein. Zudem widerspricht er der europäischen Idee von offenen Grenzen und dem Slogan »in Vielfalt geeint« aufs ärgste!

Wir als LINKE müssen weiterhin geschlossen und kompromisslos für eine soziale, solidarische, humanistische und friedliche Politik stehen. Nur mit diesem Ansatz sehe ich eine Grundlage für ein erfolgreiches Wahljahr 2019.



- *Vertreter für die BundesvertreterInnenversammlung für die Aufstellung der Bundesliste zur Europawahl 2019*

Kirsten Tackmann

Freke Over

- *Ersatzvertreter*

Ines Nowack, Paul Schmudlach

Nach diesem Samstag in Neuruppin merkte man ganz deutlich, dass es in Richtung Superwahljahr für unseren Kreisverband geht. Doch mit den frisch gewählten Landtagskandidaten Ronny Kretschmer und Dieter Groß sowie vielen motivierten Genossinnen und Genossen müssen wir uns nicht verstecken und können uns auf eine anstrengende, aber auch spannende Zeit freuen.

Paul Schmudlach

Kreisvorsitzender DIE LINKE. OPR

Zwischenruf

Von Paul Kurzke

Klare Positionen notwendig

Im Zuge der Diskussion um unsere Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht kam es in letzter Zeit vermehrt zu Aussagen, die mich tief erschüttern und an den Grundsätzen unserer Partei zweifeln lassen.

So hieß es, die Maßnahmen der Bundeskanzlerin Angela Merkel im Zuge der Flüchtendenwanderung von 2015 wären falsch gewesen, und sie hätte Fachkräfte erwartet. Richtig wäre eine Hilfe vor Ort, also in den Kriegsgebieten, gewesen. Die Grenzen Europas müssen geschützt werden.

Im Rückblick auf die Situation von 2015 finde ich diese Aussage höchst unhumanistisch, sofern man diesem Wort heutzutage noch eine Bedeutung geben darf. Wenn ein Haus brennt, fange ich nicht erst an, Rauchmelder zu installieren. Heißt: 2015 waren weltweit 60 Millionen Flüchtende unterwegs. Ein Großteil

Bundestagsreport

LINKE konsequent gegen das System der Ausbeutung von Mensch und Natur

Entgegen der Wahrnehmung in den Medien ist und bleibt DIE LINKE die parlamentarische Kraft mit der konsequentesten Kritik an den Herrschenden und den Lebensverhältnissen, die sie zu ihrem Machterhalt schaffen. Denn wir befassen uns nicht nur mit Symptomen, die den Alltag für viele zu Gunsten von wenigen so schwierig machen, sondern auch mit ihren Ursachen. Wir stellen die zentrale politische Frage vor Entscheidungen immer wieder neu: Wem nutzt es? Was die zentrale Erkenntnis aus der Watergate-Affäre einschließt: folge dem Geld.

Machtinteressen offenlegen

Es geht eben nicht nur um einzelne Entscheidungen, sondern um die Machtinteressen, die dahinter stehen, die wir offenlegen und denen wir uns entgegenstellen müssen. Besonders erfolgreich sind wir dort, wo uns Bündnisse gelingen – vor allem in der Gesellschaft, aber auch im Parlament, wo das möglich ist. Im eigenen Land, in Europa oder der ganzen Welt. Diese Bündnisse zu schmieden ist gerade in einer Zeit wichtig, in der rechtes bis neofaschistisches Gedankengut fröhliche Auferstehung feiern und sich weltweit vernetzt – nicht nur im Geiste, sondern zunehmend auch in Aktionen gegen Andersdenkende, woanders Geborene, Andersliebende.

Solche Bündnisse sind aber keine Selbstläufer, sondern Ergebnis harter politischer Bündnisarbeit. Hier steht der Erfolg auf drei Säulen:

1. Gemeinsame Ziele,
2. Mobilisierung und
3. Vertrauen.

Das breiteste Bündnis, das sich in den vergangenen Jahren laut wahrnehmbar zu Wort gemeldet hat, war »unteilbar«. 240.000 Menschen haben im Oktober 2018 in Berlin für eine solidarische, humanistische und weltoffene Gesellschaft demonstriert, um ein Zeichen zu setzen. Damit waren an diesem denkwürdigen Tag weit mehr Menschen auf der Straße als bei allen anderen Demonstrationen seit den unvergessenen 500.000, die 2005 gegen eine drohende deutsche Beteiligung am Irakkrieg mobilisiert wurden – mit dem Ergebnis, dass sich der damalige Kanzler Schröder nicht traute, seine uneingeschränkte Solidarität mit den USA mit der Bundeswehr im Irak auszu-drücken, zumindest gab es keine direkte Beteiligung.

Menschenrechte sind unteilbar

DIE LINKE als Partei und auch unsere Bundestagsfraktion hat zu »unteilbar« aufgerufen, denn die Unteilbarkeit von Menschenrechten ist für uns Programm. Der größte Block bei dieser Demonstration war erkennbar der der Linken. Wir haben

mit unserer Mobilisierung für das gemeinsame Ziel zu diesem machtvollen Zeichen eben nicht nur beigetragen, sondern waren und sind Teil dieser Bewegung.

Die Wahrnehmung in den Medien war trotzdem, dass Grüne und SPD für diese Demonstration waren, DIE LINKE aber uneinig gewesen wäre, weil es einzelne Stimmen der inhaltlichen Distanzierung gab, die natürlich von den Medien absichtsvoll und gern aufgegriffen wurden, um die Erzählung von der zerstrittenen LINKEN weiterzuerzählen. Damit wurde das so wichtige Signal zumindest relativiert, dass gerade DIE LINKE am konsequentesten für eine solidarische, humanistische und weltoffene Gesellschaft als Alternative zum globalen Kapitalismus kämpft.

Denn gerade für LINKE ist inakzeptabel, dass Hartz IV-Betroffene, ArmutsrentnerInnen, NiedriglöhnerInnen oder Migranten gegeneinander ausgespielt werden, weil sie alle zu den Verliererinnen und Verlierern dieses Systems gehören. Mit dieser Konsequenz haben wir entscheidend dazu beigetragen, dass der Mindestlohn eingeführt wurde, dass SPD und Grüne endlich wenigstens über Korrekturen bei Hartz IV diskutieren müssen.

Gerade deshalb ist es unerlässlich, dass sich sowohl die Betroffenen als auch die Widerstand leistenden absolut sicher sein können, dass DIE LINKE an ihrer Seite steht. Um diese eindeutige Botschaft muss es gehen. *Kirsten Tackmann, MdB*

Freiheitsrechte sind nicht verhandelbar

Diskussion zu neuem Brandenburger Polizeigesetz in vollem Gange

Das die Menschen in unserem Land in Sicherheit leben können, ist wichtiger Teil der Verantwortung des Staates. DIE LINKE bezieht diesen Anspruch insbesondere auf die soziale Sicherheit, denn die beste Sicherheitspolitik ist eine gute Sozialpolitik. Dazu gehört auch, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten – als eine Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben der Menschen. Dafür hat der Staat das Gewaltmonopol und die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen in die Grundrechte der Bürger einzugreifen. Wir wissen aber auch, dass es eine absolute Sicherheit nicht geben kann und so etwas auch nicht erstrebenswert ist.

Derzeit erleben wir bundesweit zugespitzte Diskussionen um die Verschärfung

von Polizeigesetzen. Am weitesten geht dabei das Land Bayern, das frühzeitig und mehrfach das Polizeigesetz geändert und dabei das aktuelle Arsenal polizeilicher Eingriffsbefugnisse weitgehend ausgeschöpft hat, ungeachtet der damit verbundenen tiefen Grundrechtseingriffe. So werden in Bayern mit der Einführung des Begriffs der »drohenden Gefahr« polizeiliche Eingriffe weit in das Vorfeld von Straftaten verlagert. Deshalb ist gegen das bayerische Polizeigesetz Verfassungsklage eingereicht worden, sind über 30.000 Menschen in München auf die Straße gegangen.

Brandenburg hat ein weitgehendes Polizeigesetz, das der Polizei umfangrei-

che und rechtsstaatlich gut abgesicherte Eingriffsbefugnisse gibt. Wir konnten im Rahmen der gut funktionierenden parlamentarischen Kontrolle zur Kenntnis nehmen, dass die Polizei sehr verantwortungsbewusst mit diesen Befugnissen umgeht. Aber die aktuelle Diskussion geht auch an unserem Land nicht vorbei. Es ist kein Geheimnis, dass es unterschiedliche Auffassungen von SPD und LINKEN zu einer Weiterentwicklung des Polizeirechts gibt. Auch innerhalb unserer Partei finden dazu kontroverse Diskussionen statt. Wir sind für ein sensibles Vorgehen, eng an die Wahrung der Bürgerrechte gebunden und lassen uns davon leiten, dass die polizeilichen Eingriffsbefugnisse auf das

Fortsetzung Seite 5

Blick nach vorn: Nach der Wahl ist vor der Wahl

Inhaltliches und politisches Angebot noch nicht von Erfolg gekrönt

Nora Görke bleibt für die nächsten acht Jahre Bürgermeisterin der Stadt Kyritz. Die Freude über diesen klaren Sieg sei ihr gegönnt. Sie sagt selber: »Ich weiß heute auch, dass es neben den Erfolgen auch weitere Handlungsfelder gibt. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten.« Dabei wollen wir sie gern beim Wort nehmen.

Mit einem überraschend großen Vorsprung der Amtsinhaberin endete die Bürgermeister-Wahl in der Knatterstadt. Nora Görke (parteilos), die wie vor acht Jahren von der SPD unterstützt worden war, siegte mit knapp 70 Prozent der Stimmen. Ihre Herausforderinnen Denise-Verena Ladewig-Hoffmann (CDU) und unsere Kathrin Boleslawsky (DIE LINKE.) konnten jeweils nur ca. 15 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Und selbstverständlich war die Enttäuschung bei beiden und auch bei ihren aktiven UnterstützerInnen groß.

14 Kandidaten stehen bereit

Kathrin Boleslawsky hat zusammen mit Justin König und Dieter Groß (und weiteren sehr aktiven GenossInnen) einen aus meiner Sicht sehr guten Wahlkampf absolviert. Über verschiedene kreative Formate und Wege wurde der Versuch unternommen, den BürgerInnen ein attraktives inhaltliches und politisches Angebot zu unterbreiten. Leider waren diese

(noch) nicht von Erfolg gekrönt. Am Wahlabend im Kyritzer LINKSeck war neben der Auswertung der Ursachen insbesondere der Blick nach vorn gerichtet: Am 26. Mai 2019 wird in Kyritz ein neues Stadtparlament, die Stadtverordnetenversammlung, gewählt. Auf der Kandidatenliste unserer Partei DIE LINKE. stehen zum jetzigen Zeitpunkt schon 14 Namen, eine gute Mischung von Personen aller Alters- und sozialen Gruppen der Stadt und ihrer Ortsteile. Und weitere Kandidaturen für Kyritz - aber auch für die Bereiche Wusterhausen/Dosse, Neustadt (Dosse) und für den neuen Kreistag - sind jederzeit gern gesehen.

Vertrauenswürdiger mit den Bürgern umgehen

Dieter Groß hat gute Worte gefunden, die ihre Gültigkeit im Vorfeld der Kommunalwahl behalten: »Ich wünsche mir, dass sich die Menschen unserer Region aus ihren Wohnstuben und Nischen erheben, die Probleme vor Ort begreifen, in die



Das Straßenfest im Kyritzer Stadtteil West, bei dem wir im Oktober unsere Kandidatin für die Bürgermeisterwahl in Kyritz vorstellten, war ein voller Erfolg. Vor allem Familien mit Kindern waren gekommen. Für die Kinder gab es Popcorn und Bubble Ball. Die Erwachsenen nutzten die Zeit für interessante Gespräche mit unserer Bürgermeisterkandidatin Kathrin Boleslawsky (4. v.r.) und dem Fraktionsvorsitzenden Dieter Groß.
Text und Foto: Hartmut Buschke

eigenen Hände nehmen und genau hinschauen, wer künftig die Stadt Kyritz und ihre Ortsteile verwaltet... Kyritz verdient ein mach- und beherrschbares sowie nachhaltiges Umgehen mit öffentlichen Mitteln. Daher stände es der Verwaltung gut, wenn sie ehrlicher und vertrauenswürdiger mit ihren Mitbürgern und den von ihnen gewählten Stadtverordneten umgehen würde.«

*Holger Kippenhahn
Regionalvorsitzender DIE LINKE. KNW*

Freiheitsrechte sind nicht verhandelbar

Fortsetzung von Seite 4

zwingend notwendige Maß zu beschränken sind. Und so hat es schon im Vorfeld dieses Gesetzentwurfes harte Diskussionen zwischen den Koalitionspartnern gegeben. Das hat sich gelohnt, wobei auch wir Zugeständnisse machen müssen.

Und so verzichtet der Entwurf auf

- die Einführung der umstrittenen Online-Durchsuchung
- die Einführung der elektronischen Fußfessel und
- der molekulargenetischen Untersuchung.

Die Schleierfahndung wird nicht auf das ganze Land ausgeweitet, sondern mit Bezug auf grenzübergreifende Kriminalität auf Autobahnen und Bundesstraßen be-

schränkt. Der Einsatz von Explosivmitteln ist grundsätzlich ausgeschlossen und darf nur im Ausnahmefall unter strengsten Voraussetzungen erfolgen.

Die Einführung der Quellen-TKÜ (Telekommunikationsüberwachung), die dem technischen Fortschritt geschuldet ist, wird auf den Vorbehalt einer terroristischen Gefahr eingegrenzt, die vorgesehenen Fristverlängerungen für die Speicherung von Videoaufnahmen sind deutlich reduziert worden. Das gilt auch für die ausschließlich unter dem Vorbehalt einer terroristischen Gefahr vorgesehene Verlängerung des Polizeigewahrsams auf 14 Tage. Es sind Richtervorbehalte in das Gesetz aufgenommen worden, bzw. abschließliche Richtervorbehalte eingeführt worden.

Die Folge ist, dass sich der Gesetzentwurf eklatant vom heftig umstrittenen bayerischen Gesetz und vom zeitgleich eingebrachten Gesetzentwurf der brandenburgischen CDU unterscheidet, mit dem ungeniert in die Bürgerechte eingegriffen werden soll.

Wie weit wir mit dieser Gesetzesänderung letztlich gehen wollen, entscheidet der Landtag, in besonderem Maße die Regierungsfaktionen. Wir werden im Januar eine Anhörung zu beiden Gesetzentwürfen haben, die wir dann gründlich auswerten und in unser abschließendes Votum einfließen lassen wollen.

*Aus einem Beitrag (gekürzt) von
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Innenpolitischer Sprecher der LINKEN
im Brandenburger Landtag*

Regionale Kulturlandschaften erhalten!

Der Landschaftspflegeverband Prignitz-Ruppiner Land stellt sich vor



Vorstellung des Projekts am 13.09.18,

Foto: Carsten Schober, VINTSPIL.grafik

Längst reif zum Pflücken wie eine gute, brandenburgische Birne war die Gründung eines eigenen Landschaftspflegeverbands für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Das zeigen die vielen bereits begonnenen Aktivitäten und das Interesse an unserem Verband.

Aber vorweg: Was genau ist ein Landschaftspflegeverband (LPV)? Und warum gleich ein Verband und was hat das mit Politik zu tun?

Landschaftspflegeverbände sind regionale Organisationen, in denen Personen aus der Land- und Forstwirtschaft, dem Naturschutz und den Gemeinden gleichberechtigt und kooperativ zusammenarbeiten. Gemeinsam erhalten Landschaftspflegeverbände die regionalen Kulturlandschaften als Lebens-, Arbeits- und Naturraum. Bereits im März 2017 hatten sich aus verschiedenen Regionen des Landkreises einige interessierte Leute zusammengetan, um die Gründung eines eigenen, regional verankerten Landschaftspflegeverbands zu organisieren. Von Anfang an mit dabei waren der Naturpark Stechlin Ruppiner Land, die Städte Wittstock und Heiligengrabe, Vertreter des Kreisbauernverbands und des Naturschutzbundes sowie eine Vielzahl von Privatpersonen und Betrieben aus dem Landkreis. Als prominente Gründungsmitglieder der LINKEN sind MdB Kirsten Tackmann und der Heiligengraber Bürgermeister Holger Kippenhahn beteiligt.

Wenn eine Kommune oder ein Verein (z.B. der Nabu) wiederum Mitglied in einem weiteren Verein wird, wird dieser (neue) Verein automatisch ein Verband. Formal ist der LPV Prignitz-Ruppiner Land ein

gemeinnütziger Verein, der Spendenquittungen ausstellen darf und seinen Sitz in Wittstock hat. Das genaue Verbandsgebiet umfasst den größten Teil des Landkreises OPR, im Landkreis Oberhavel ein kleines Stück bis zur B 96 und im Landkreis Prignitz ein kleines Gebiet bis zur B 5. Ca. 120.000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche gehören ins Verbandsgebiet, davon knapp 100.000 ha Acker.

Durch die großen Wald- und Seengebiete des Naturparks Stechlin-Ruppiner Land bietet sich dem LPV eine sehr vielfältig gestaltete Region mit großen Wald- und Seengebieten.

Die Streuung der Mitglieder über das Verbandsgebiet funktioniert inzwischen ganz gut, mittlerweile sind alle Gebiete des Verbandes repräsentiert.

Was konkret macht der LPV Prignitz-Ruppiner Land?

Die Arbeit des aktuell rund 40 Mitglieder umfassenden Vereins ist in Projektgruppen organisiert, die mit thematischem oder räumlichem Bezug arbeiten. Unter derzeit 18 Projektgruppen findet sich z.B. eine sehr aktive Gruppe zum Thema »Kommunaler Klimaschutz in der Gemarkung Netzeband«. Hier geht es um die Beantragung von Fördermitteln, um ein Klimaschutzkonzept für das Dorf und die Umgebung von Netzeband in der Gemeinde Temnitzquell zu erarbeiten.

Ein anderes Projekt befasst sich mit einer nachhaltigen, wirtschaftlichen Grünlandnutzung im Raum Wittstock. Durch den Verlust von Milchkuhen in der Region werden Wiesen und Weiden frei. Hier gilt es, durch eine andere Nutzung Wertschöpfung aus der Grünlandnutzung in diesen wertvollen Biotopen zu erhalten.

Zur Finanzierung der Verbandsarbeit konnte der LPV für die Jahre 2018 bis 2022 den Zuschlag für ein vom brandenburgischen Agrarministerium angebotenes Programm erlangen, in dem es um Kooperationen in und mit der Landwirtschaft geht. Dabei sollen Beiträge zum Erhalt der Biodiversität (Artenschutz) und des Klimaschutzes geleistet werden. So ist es z.B. ein Ziel, den Anbau von Eiweißpflanzen (Erbsen/Lupinen) wieder stärker in unserer Region zu etablieren, um z.B. Importfuttermittel einsparen zu können.

Wie und wo erfahre ich mehr?

Für die allgemeine Öffentlichkeit bietet der Landschaftspflegeverband in unregelmäßigen Abständen Veranstaltungen an. Sehr erfolgreich war z.B. Mitte Juni dieses Jahres eine Vogelstimmenwanderung in Kagar bei Dorf Zechlin.

Auch die Beteiligung am Landwirtschaftstag der Preußenquelle in Rheinsberg, der Landesgartenschau 2019 in Wittstock oder am Stand des Landkreises OPR auf der Grünen Woche gehören zu den Vorhaben des LPV. Besonderer Höhepunkt im kommenden Jahr wird der Wettbewerb »Insektenfreundlicher Garten« im Rahmen der Landesgartenschau, an dem sich alle Haushalte im Landkreis beteiligen können.

Für Fragen und Auskünfte zur Arbeit, zu Mitwirkungsmöglichkeiten und zu Veranstaltungen des LPV stehe ich gern zur Verfügung.

Andreas Bergmann
(lpv-prignitz-ruppiner-land@posteo.de)



Phacelia (Bienenweide, Büschelblume)-Ansaat in der Gemarkung Dranse, Anbaujahr 2017/2018
Foto: Andreas Bergmann

Ich mache mir Sorgen um meine Zukunft

Überlegungen einer 19-jährigen

Ein wichtiger Bestandteil unseres Alltags ist das Essen. Dabei essen die meisten gerne lecker und frisch - schlichtweg gut. Was jedoch lässt sich als gut kategorisieren? Eine gesunde Ernährungsweise beinhaltet bekanntlich nicht nur den Verzehr von Fleisch- und Backwaren, sondern basiert außerdem auf einem angemessenen Konsum von Obst und Gemüse. Eine Frage, die sich allerdings zunehmend stärker stellte, ist die: Welche Lebensmittel - insbesondere aus konventionellem Anbau - tun dem Verbraucher gut?

Die Anwendung von Pestiziden scheint ein notwendiger Kompromiss in der Landwirtschaft zu sein, um den großen Produktumfang gewährleisten zu können. Somit gehören dem Verbraucher derartig angebaute Waren nicht nur das Produkt, sondern mit ihm auch zahlreiche Pflan-

zenschutzmittel, welche vermehrt in Kritik stehen, gesundheitsschädigend zu sein. In Untersuchungen von Umweltschützern (Greenpeace) werden die Pestizide mit chronischen Krankheiten wie beispielsweise Krebs in Verbindung gebracht. Weiterhin machen Umweltorganisationen darauf aufmerksam, dass es sich bei vielen der eingesetzten Insektizide u. ä. um Bestandteile handelt, welche für Menschen als Nervengift eingestuft worden sind. Sie können somit Einfluss auf die Entwicklung von neurologischen Krankheiten wie Alzheimer und Parkinson, aber auch auf Fortpflanzungsstörungen haben.

Nicht nur die menschliche Gesundheit, sondern auch die ökologische Nachhaltigkeit sind von der Anwendung dieser Schutzmittel betroffen. Denn Pestizide unterscheiden nicht zwischen Schädlin-

gen und Nützlingen, weshalb sie einen negativen Einfluss auf das ökologische Gleichgewicht haben. Etwa ein Drittel unserer Lebensmittel hängt von der Bestäubung durch Bienen ab. Diese jedoch weisen schrumpfende Populationen auf. Da frage ich mich, wann und wie werden endlich die entsprechenden Bundes- bzw. Landesbehörden auf diese Tendenz reagieren?

Um der Aufnahme von Pestiziden entgegen zu wirken, hilft die gründliche Reinigung der Lebensmittel vor dem Verzehr nur bedingt. Empfohlen wird eine lauwarmer Wäsche, um äußere Rückstände entfernen zu können, allerdings nehmen die Pflanzen die Mittel auch mit dem Wachstum auf. Empfehlenswert sind Bioprodukte, welche auf den Gebrauch von Giften verzichten. *jawo*

Solidarische Hilfe für kleine Patienten in Kuba

Die Solidaritätsorganisation Cuba Sí unterstützt eine Intensivstation für Frühgeburten und Problemschwangerschaften in Havanna.

In der Geburtsklinik »Ramón Gonzáles Coro« in Havanna kommen jährlich rund 4.000 Kinder zur Welt. Die Intensivstation dieser Klinik ist von nationaler Bedeutung: Hier können Neugeborene mit einem Geburtsgewicht von weniger als 1500 Gramm sowie Säuglinge von Müttern mit bestimmten Vorerkrankungen behandelt werden. Die Intensivstation spielt damit eine wichtige Rolle in dem Bestreben, die Säuglingssterblichkeit in Kuba weiter zu senken. Sie liegt derzeit bei 4,0 pro Tausend Lebendgeburten - ein Spitzenwert in Lateinamerika und vergleichbar mit den Werten in der EU.

Aufgrund der seit über 50 Jahre währenden Blockade durch die USA ist es für Kuba nach wie vor sehr schwierig, hochwertige Medizintechnik auf dem internationalen Markt direkt zu kaufen. In den Blockadegesetzen der USA ist unter anderem festgeschrieben, dass Geräte, die mehr als 10% US-amerikanische Komponenten enthalten, nicht nach Kuba verkauft werden dürfen. Viele medizinische Geräte in dieser Geburtsklinik sind heute deshalb veraltet oder defekt. Cuba Sí will helfen. Mit finanziellen Spen-

den sollen unter anderem ein Ultraschallgerät, Beatmungsgeräte und Inkubatoren für die Geburtsklinik in Havanna gekauft werden.

Bitte unterstützen auch Sie unsere Solidaritätsaktion für die kleinen Patienten in Havanna.

Spendenkonto: DIE LINKE/Cuba Sí
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10
BIC/SWIFT-Code: BE LA DE BE XXX

Verwendungszweck: Kuba muss überleben

Weitere Informationen zur Solidaritätsarbeit von Cuba Sí unter: www.cuba-si.org.



Ein kleiner Patient in der Geburtsklinik »Ramón Gonzáles Coro« (Bildquelle: Cuba Sí)

Des Knaben Wunderhorn?

Auch die Bundesregierung hat fromme Wünsche zum Fest

So wünschen sich

- Gesundheitsminister Spahn
25.000 Pflegekräfte
- Bildungsministerin Karliczek
35.000 Lehrer und 100.000 Erzieher
- Justizministerin Barley
2.000 Richter und Staatsanwälte
- Innenminister Seehofer
20.000 Polizisten
- Wirtschaftsminister Altmaier
1,6 Mio. Kräfte für die Wirtschaft (DIHK)

und jetzt wünscht sich auch noch

- Verteidigungsministerin von der Leyen
5.000 neue Bundeswehrsoldaten.

Da fragt sich selbst der kreativste Weihnachtsmann, woher er diese Menschen nehmen soll, wenn Deutschland unter anderem keine Migranten duldet, wie das Beispiel der mazedonischen Krankenschwester vom 22. November erneut zeigt (siehe SPIEGEL online). *hjm*

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

DIE LINKE. KV. OPR
IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin

Er begleitet uns auch 2019

Eine der interessantesten Persönlichkeiten unserer Stadt

Fontane immer wieder neu entdecken - das wird uns im neuen Jahr ganz besonders beschäftigen. Sein 200. Geburtstag am 30. Dezember 2019 ist dafür willkommener Anlass. Und neben den rund 50 Veranstaltungen, die es nicht nur in seiner Geburtsstadt, im Kreis OPR und im ganzen Land geben wird, interessiert uns und die zu erwartenden vielen Besucher vor allem das, was er uns hinterlassen hat - sein vielfältiges literarisches Werk.

Wir wollen heute aus der Vielfalt »nur« das neueste nennen: das Büchlein »Theodor Fontane landauf, landab«, erschienen in der Reihe »Rhino Westentaschen Bibliothek«. Es gibt einen guten Ein- und Überblick zu Fontane und seine vielen Schriften.

In der persönlichen Jahresplanung sollte man etliche inhaltsreiche Fontane-Ver-

anstaltungen also nicht vergessen. Zum Beispiel die Eröffnung des Fontane-Jahres am 30. März, die Fontane-Festspiele vom 31.05. bis 10.06. 2019, den großen Festumzug und vor allem die Ausstellung im Neuruppiner Museum, die am 30. März eröffnet werden soll.



Foto: Jürgen Schubert

Welche große Bedeutung das bevorstehende Jubiläum auch im Land Brandenburg genießt, zeigte kürzlich eine Veranstaltung, zu der über 80 Stadt- und Gästeführer aus dem ganzen Land erschienen waren. Sie konnten sich mit den umfangreichen Vorhaben zum Jubiläumsjahr gründlich vertraut machen. Inge Richter, ehemalige Ruppinerin und heute Gästeführerin im Kreis Bad Belzig, zeigte sich ganz begeistert vom Angebot und hat, obwohl sie dachte, Fontane gut zu kennen, eine Menge Neues erfahren.

ch-

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.
Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308
Funk: 0173/3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anette Bock**
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo.-Do. 10 - 12 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiter **Paul Schmudlach**
Tel.: 03391/2383
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo. 14 - 16 Uhr
Die. u. Do. 10 - 12 Uhr
Mi. 14 - 16 Uhr

Wahlkreisbüro: Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**
Tel.: 03394/4031363
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Die.-Do. 10 - 12 Uhr
Do. 16 - 18 Uhr

Margitta Mächtig, Landtagsabgeordnete
Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**
Tel.: 033971/304941
E-Mail: maechtig@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 08 - 15 Uhr

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppiner Kreisgeschäftsstelle Neuruppin
Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 10 - 13 und 14 - 16 Uhr
Samstag 09 - 13 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Justin König**
Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Donnerstag 10 - 12 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**
Samstag 09 - 13 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. 10 - 12 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Marktgasse 2, Wittstock
Tel.: 03394/4031363/-64/-65
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Mo. u. Die. 09 - 15.30 Uhr
Mi. 09 - 12.00 Uhr
Do. 12 - 15.00 Uhr

Termine

(Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Mittwoch, 19.12.18	Weihnachtsfeier Stadtverband Neuruppin Ab 15.00 Uhr, Neuruppin - Tempelgarten
Donnerstag, 03.01./07.02.	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Donnerstag, 03.01./07.02.	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Montag, 07.01./11.02.	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 07.01./04.02.	Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Donnerstag, 10.01.19	Nominierungsversammlung Stadtverband Neuruppin Ab 18.00 Uhr, Neuruppin - Restaurant Rosengarten
Sonabend, 19.01.19	Kreisparteitag DIE LINKE. OPR Kyritz - Bluhm's Hotel
Mittwoch, 23.01.19	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 19.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch, 30.01.19	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin
V.i.S.d.P. : Paul Schmudlach, E-Mail: redaktionml@dielinke-opr.de
Redaktion: Rudolf Brendler, Christa Horstmann (ch-),
Hans-Joachim Müller (hjm), Egbert Nowack (en), Jürgen Schubert (js)

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Fr., 25.01.2019
Erscheinungsdatum: Mi., 13.02.2019